

## **Stellungnahme des Mittelbaus im Institut für Philosophie**

Der Mittelbau des Instituts für Philosophie spricht sich gegen die flächendeckende Einrichtung eines Stellenmodells im Mittelbau aus, das nur noch LfbA- und FwN Stellen vorsieht. Die Gründe für diese Ablehnung sind wie folgt:

1. Die Implementierung forschungsbasierter Lehre ist ein erklärtes Ziel der Universität und ihrer Gremien, die entsprechende Formate sollen in den kommenden Semestern in den Modulbeschreibungen und Prüfungsordnungen verankert werden. In ihrem Leitbild spricht die Universität davon, dass sie Forschung und Lehre eng verzahnen möchte. Die Einrichtung von LfbA-Stellen widerspricht diesen Zielen diametral.
2. Eine Folge davon wird sein, dass die Lehre schematisiert wird, während Fähigkeiten wie selbständiges Arbeiten und Planen aufgrund der Strukturen nicht mehr gut vermittelt werden können. Das liegt nicht daran, dass die Menschen auf solchen Stellen nicht das entsprechende Engagement hätten, sondern daran, dass die Strukturen dieses Engagement sanktionieren. Die Universität Oldenburg bildet zu einem großen Teil Lehrer/innen aus und damit Multiplikatoren, deren Aufgabe es ist, mündige, demokratische Bürger/innen auszubilden. Dazu gehören Kritikfähigkeit und Eigenständigkeit. Um diese Ziele zu erreichen und auch angehenden Lehrenden zu vermitteln, ist die Verbindung von Lehre und Forschung unabdingbar.
3. Die Einführung von LfbA-Stellen ist eine Maßnahme zur Kapazitätssteigerung auf Kosten der Lebenssituation von im Mittelbau beschäftigten Menschen.
4. Nicht nur die Forschung wird unmöglich auf solchen Stellen. Es wird nicht möglich sein, dass sich LfbAs an der Antragstellung von Drittmitteln beteiligen, Tagungen oder Publikationen organisieren. Während die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen relativ flexibel einsetzbar sind, wird das mit LfbAs nicht mehr möglich sein.
5. Deswegen droht eine Spaltung des Mittelbaus.
6. Keine andere Universität in Niedersachsen sichert die Lehre über LfbA-Stellen. Es ist nicht einzusehen, warum das in der Universität Oldenburg anders sein sollte. Außerdem besteht von Seiten der Landesregierung kein Druck, LfbA-Stellen einzurichten. Bislang sind nicht einmal die Rahmenbedingungen der Mittelvergabe final geklärt: Die Selbstverpflichtung des Landes Niedersachsen wird nach unserem Wissensstand frühestens 2020 veröffentlicht.
7. Die Gremien der universitären Selbstverwaltung werden auf Instituts- und Fakultätsebene übergangen. Im Protokoll des Fakultätsrat vom 18.09.2019 steht „Laut Auskunft von Frau Ruigendijk ist es bei entsprechender Begründung auch möglich, WM-Stellen einzurichten.“ Auf der Grundlage dieser Aussage hat das Institut für Philosophie den Vorschlag eingereicht, zwei wissenschaftliche MitarbeiterInnen stellen einzurichten. Die Kehrtwende des Präsidiums ist deshalb unbedingt zu kritisieren.
8. Im Institutsrat wurde zur Kenntnis genommen, dass das Präsidium LfbA-Stellen im Institut einrichten will und entsprechenden Druck erzeugt. Die Philosophie, so wie sie in ihrer ganzen systematischen und historischen Breite am Institut für Philosophie vertreten wird, ist eine Wissenschaft, deren Aufgabe darin besteht, die Durchdringung komplizierter erkenntniskritischer, wissenschaftstheoretischer, pädagogisch-didaktischer, ästhetischer, religiöser und sozialphilosophischer Gegenstände und Sachverhalte darzulegen. Das ist mit einer verdichteten und von der Forschung entkoppelten Lehre nicht zu leisten.

Die flächendeckende Einführung von LfbA/FwN-Stellenmodells widerspricht also dem Leitbild und der gesellschaftlichen Aufgabe der UOL; sie widerspricht den Zielen des Hochschulpakts; sie widerspricht früheren Zusagen des Präsidiums; und sie widerspricht den fachlichen Anforderungen nicht nur der Philosophie, sondern auch anderer in der Fakultät IV vertretenen Disziplinen. Die Einrichtung von unbefristeten WM-Stellen stellt demgegenüber die bessere Option dar.

## **Stellungnahme des Mittelbaus des Instituts für Geschichte zur Entwicklung des Mittelbaus an der Fakultät IV**

Der Mittelbau des Instituts für Geschichte begreift den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ als Chance für die Entwicklung attraktiver Mittelbaustrukturen an der CvO Universität Oldenburg. Aus unserer Sicht sind entfristete Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen der geeignetste Weg, um den zukünftigen Herausforderungen im Universitätsalltag positiv zu begegnen. Wir plädieren daher für die **Schaffung von entfristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen** und das aus folgenden Gründen:

1. Dauerhafte WM-Stellen gewährleisten **angemessene Rahmenbedingungen für die Einheit von Forschung und Lehre**, insbesondere für das im Leitbild Lehre der CvO Universität Oldenburg als Strukturmerkmal betonte Forschende Lernen. Ein beträchtlicher Teil der Lehre kann von diesen Stelleninhaber\*innen geschultert werden und dennoch bleibt ihnen Raum für eigene Forschung.
2. Dauerhafte WM-Stellen stellen **personelle Kontinuität in der universitären Ausbildung** und der Betreuung von Studierenden her. Die Universität sichert damit wertvolle Erfahrungen, gerade im Bereich der Lehre.
3. Dauerhafte WM-Stellen ermöglichen **flexible Karrierewege im akademischen Bereich**. Sie bieten Raum für individuelle biografische Entscheidungen und eröffnen Entwicklungsperspektiven neben der Professur.
4. Dauerhafte WM-Stellen erhöhen die **Attraktivität der Universität als Arbeitsplatz**. Eine WM-Stelle bietet einerseits die Sicherheit, die andere Berufsfelder anziehend macht, und gewährt andererseits die Freiheit zu forschen, die nur die Universität bieten kann. Die Schaffung von WM-Stellen erhöht die Wahrscheinlichkeit, qualifizierte Mitarbeiter\*innen zu binden und sie nicht an Schulen und andere Berufsfelder zu verlieren. Damit schärfen entfristete WM-Stellen das Profil der Universität und machen sie als Arbeitgeber attraktiv und einzigartig.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Mittelbau des Instituts für Geschichte **gegen die Einrichtung von LfbA-Dauerstellen mit maximalem Lehrdeputat** aus. In diesem Punkt schließen wir uns dem Plädoyer des Mittelbaus des Instituts für Philosophie ausdrücklich an.